

Stellungnahme der **FDP-Fraktion im Landtag Brandenburg** vom 06. Juni 2012  
im Anhörungsverfahren zur Gedenkstättenkonzeption (Mitteilungsvorlage des Oberbürgermeisters  
der Landeshauptstadt Potsdam an die Stadtverordnetenversammlung 11/SVV/0947 vom  
24.11.2011) und zur Frage der künftigen Trägerschaft der Potsdamer „Gedenkstätte Lindenstraße  
für die Opfer politischer Gewalt im 20. Jahrhundert“

*1. Die Konzeption des Oberbürgermeisters für die Potsdamer „Gedenkstätte Lindenstraße für die Opfer politischer Gewalt im 20. Jahrhundert“ gilt der zukünftigen Arbeit dieser Gedenkstätte als eines Erinnerungsortes mit mehrfacher Vergangenheit. Wie bewerten Sie den in der Konzeption niedergelegten Auftrag, die Prämissen und die Zielsetzungen der Gedenkstätte?*

**Zu Recht wird in der Konzeption des Oberbürgermeisters die besondere Bedeutung der Gedenkstätte Lindenstraße 54/55 betont. Sie ist der einzige authentische Gedenk- und Erinnerungsort im Land Brandenburg, der die Geschichte der beiden deutschen Diktaturen symbolisiert, gleichzeitig aber auch für die Überwindung der SED-Diktatur nach der friedlichen Revolution 1989/90 steht. Dieser Bedeutung gilt es in der Gedenkstättenarbeit gerecht zu werden. Dabei besteht die eigentliche Herausforderung darin, die NS-Zeit bzw. die sowjetische Besatzungszeit und die SED-Diktatur so abzubilden, dass eventuelle Ähnlichkeiten oder Gemeinsamkeiten deutlich werden, gleichzeitig aber auch Unterschiede erkennbar bleiben. Die FDP-Fraktion im Brandenburger Landtag unterstützt ausdrücklich die in der vorliegenden Konzeption aufgestellte Prämisse, dass die Verbrechen des Nationalsozialismus aufgrund der Verbrechen des Stalinismus nicht relativiert werden dürfen, umgekehrt aber die Monstrosität der NS-Zeit nicht zu einer Verharmlosung des Unrechts und der Menschenrechtsverletzungen in der SBZ/DDR führen dürfen. Die Liberalen begrüßen den Stellenwert, den die Autoren des Gedenkstättenkonzepts der Geschichte der friedlichen Revolution im Land Brandenburg beimessen. Mehrere Anhörungen in der Enquete-Kommission 5/1 des Brandenburger Landtages haben gezeigt, dass hier sowohl auf Seiten der Forschung als auch auf Seiten der politischen Bildung erhebliche Lücken bestehen, die es dringend zu schließen gilt. Unterstützen möchte die FDP-Fraktion in jedem Fall auch die in der vorliegenden Konzeption zu Papier gebrachten Bemühungen, die Gedenkstätte Lindenstraße 54/55 zu einem „Lernort der Demokratie“ zu entwickeln. Die Auseinandersetzung mit der Geschichte dieses einzigartigen Gedenk- und Erinnerungsortes sollte nicht „nur“ der Vermittlung von Wissen über die deutsche Geschichte dienen, sondern insbesondere junge Menschen befähigen, sich ein eigenes Urteil zu bilden.**

*2. Mit der Fertigstellung des Ausstellungsmoduls zum Nationalsozialismus (voraussichtlich im Jahr 2013) wird die Neugestaltung der Gedenkstätte vorläufig abgeschlossen sein. In welchen Bereichen sehen Sie die zukünftigen Schwerpunkte der Gedenkstättenarbeit? Wo sehen Sie Defizite, welche Prioritäten sollten gesetzt werden?*

**Aus Sicht der FDP-Fraktion sollten die Schicksale der Opfer beider deutscher Diktaturen stärker in den Blick genommen werden. Die schlimmen Erlebnisse und das Leid der unschuldig Inhaftierten müssen dabei selbstverständlich in den historischen Kontext eingebettet werden. Ausgangspunkt sollten gleichwohl – da wo es aufgrund der Quellenlage etc. möglich ist – die Opfer und deren Biografien sein. Ein weiterer Schwerpunkt sollte aus unserer Sicht in der Sichtbarmachung bzw. Würdigung der Menschen bestehen, die aus den unterschiedlichsten Motiven heraus den Mut hatten, für ihre Freiheit zu kämpfen. Hierbei geht es nicht nur darum, diesen Menschen unsere Anerkennung auszusprechen. Die Beschäftigung mit den Biografien der Menschen, die Widerstand leisteten, stärkt zugleich das Bewusstsein für die Unterschiede zwischen Demokratie und Diktatur.**

3. Welche Folgen hat nach Ihrer Ansicht der Verlust von Zeitzeugen für die Zeit des Nationalsozialismus und der unmittelbaren Nachkriegszeit sowie das Heranwachsen einer neuen Generation nach 1990 ohne eigene Diktaturerfahrung? Welche Konsequenzen sollte die Gedenkstättenarbeit daraus für die politisch-historische Bildungsarbeit ziehen?

**Die Gedenkstätte Lindenstraße 54/55 sollte, wie viele andere Gedenkstätten und Museen auch, Zeitzeugengespräche aufzeichnen, verschriftlichen und archivieren. Dies gilt ausdrücklich nicht nur für Zeitzeugen aus der NS-Zeit, sondern auch für die Opfer der SBZ/DDR. Diese Zeitzeugeninterviews sollten in geeigneter Form für die politische Bildung genutzt werden. Ihre Bedeutung, gerade bei der Arbeit mit jungen Menschen, die keine eigene Diktaturerfahrung haben, ist enorm. Bei der Auseinandersetzung mit den beiden deutschen Diktaturen sollte es nicht nur um die Vermittlung von Daten und Fakten gehen. Die Vermittlung von Wissen auf der Grundlage persönlicher Lebensgeschichten befähigt zu Empathie und ist meist nachhaltiger als die emotionslose Vermittlung geschichtlicher Ereignisse. Wichtig ist hierbei zudem eine gründliche Vor- und Nachbereitung der Zeitzeugengespräche.**

4. Die Gedenkstätte Lindenstraße wird organisatorisch, personell und finanziell neu aufgestellt, wobei sich zukünftig die Landeshauptstadt Potsdam und das Land Brandenburg die Kosten für den Betrieb teilen wollen. Voraussetzung dafür ist eine einvernehmliche Lösung der künftigen Trägerschaft zwischen Stadt und Land, die diese neue Kooperation abbildet. In der Vergangenheit (bis Ende 2011) war die Gedenkstätte dem Potsdam Museum verwaltungsmäßig zugeordnet; seit 1. Januar 2012 ist sie übergangsweise dem Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters zugeordnet. Um eine größtmögliche Selbständigkeit der Gedenkstätte zu erreichen, prüft der Oberbürgermeister derzeit Modelle einer kommunalen Stiftung als künftige Trägerform. Bitte nehmen Sie zu dieser Zielsetzung und den diesbezüglichen Überlegungen in der Gedenkstättenkonzeption Stellung und/oder schlagen Sie begründete alternative Möglichkeiten vor.

**Bei der Frage nach der künftigen Trägerschaft der Gedenkstätte Lindenstraße 54/55 handelt es sich um eine ebenso komplizierte wie wichtige Frage. Diese sollte erst nach gründlicher Prüfung und unter Einbeziehung auswärtiger Experten beantwortet werden. Die Bedenken des Fördervereins Lindenstraße 54/55 gegen eine Anbindung an die Gedenkstättenstiftung des Landes Brandenburg bzw. die Gedenkstätte Leistikowstraße sollten in jedem Fall ernstgenommen und bei der Diskussion über die Trägerschaft berücksichtigt werden.**

5. Wie sollten Opfer- und Interessenverbände, wissenschaftliche und sonstige Institutionen zukünftig in die Strukturen der Gedenkstätte eingebunden werden? Welche Gruppen, Verbände und Vereine, Gedenkstätten und Museen, wissenschaftliche und sonstige Einrichtungen sollten in dem künftigen, voraussichtlich acht- bis zwölfstigen Beirat der Gedenkstätte vertreten sein?

**Der Beirat sollte nicht zu groß sein, um auch unter Zeitdruck entscheidungsfähig zu bleiben. Opfer- und Interessengruppen, allen voran die Fördergemeinschaft Lindenstraße 54, aber auch die Union der Opferverbände der kommunistischen Gewaltherrschaft, der Verband der Opfer des Stalinismus und der Verband der Verfolgten des Nazi-Regimes, sollten in jedem Fall im Beirat vertreten sein. Hinzu kommen notwendigerweise die LAKD, der BStU sowie ein Vertreter des ZZF. Aus dem Bereich der Gedenkstätten und Museen sollten nach Möglichkeit Einrichtungen in den Beirat mit einbezogen werden, die besondere Erfahrungen in der Zeitzeugenarbeit haben. Hier wäre z.B. an einen Mitarbeiter der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen oder der Stiftung Berliner Mauer zu denken. Auch über einen eigenen Häftlingsbeirat sollte nachgedacht werden.**